Leitplanken für die Energiewende

Kabinett: Heute will die Bundesregierung jährliche Ziele für den Neubau von Ökostrom-Kraftwerken beschließen. Der Zuwachs soll planmäßiger und billiger werden. Die Ausbauziele für 2035 würden damit aber verfehlt, fürchten Experten

Von Hannes Koch

■ **Berlin**. Die Bundesregierung will den Ausbau der Ökoenergie kostengünstiger gestalten. Dazu dient die Reform des Gesetzes für die Erneuerbaren Energien, das heute voraussichtlich vom Kabinett beschlossen wird. Unnötige Ausgaben für Stromkunden will man vermeiden.

◆ ***Warum werden die Stromtrassen nicht so schnell gebaut, wie geplant?***
In ihrer Überprüfung der Bauprojekte nimmt die Bundesnetzagentur an, dass die drei großen Nord-Süd-Leitungen frühestens 2025 in Betrieb gehen, zwei bis drei Jahre später als beabsichtigt. Dabei geht es um die neuen Stromkabel vom niedersächsischen Emden nach Osterath in NRW, von Brunsbüttel in Schleswig-Holstein bis Großgartach in Baden-Württemberg und von Wilster in Schleswig-Holstein zum bayerischen Grafenrheinfeld.

◆ ***Was bedeutet der langsame Bau für Stromkunden?***
Die Milliardenkosten fallen später an. Weil die Netzbetreiber die Ausgaben auf die Stromrechnungen der Kunden umlegen, entlastet das zunächst die Preise. Andererseits entstehen zusätzliche Kosten, weil überflüssiger Windstrom aus dem Norden nicht in den Süden transportiert werden kann. Die Netzbetreiber müssen die Kraftwerksbesitzer dafür entschädigen. Unter dem Strich hat die Verschiebung des Leitungsbaus kurzfristig keine großen Effekte für Kunden.

◆ ***Was steht im neuen EEG?***
Bis heute wird die Geschwindigkeit des Neubaus neuer Wind-, Solar- und Biomasse-Kraftwerke im Prinzip nicht reglementiert. Immer mal wieder kommt es zu sprunghaften Zuwächsen, inklusive entsprechender Mehrkosten für die Kunden. Denn die Privathaushalte und meisten Unternehmen müssen einen Teil der Aufwendungen mittragen. Deshalb macht die Regierung bei der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes genaue Vorgaben für einen gleichmäßigen Ausbau: Beispielsweise sollen bis 2019 nur noch rund 1.000 große Windräder pro Jahr an Land entstehen. Ähnliche Obergrenzen gibt es für Windkraftwerke auf See, Solar- und Biomasseanlagen. Zuerst kommen die Betreiber zum Zuge, deren Windparks den Strom zum günstigsten Preis produzieren. Schließlich will man den Zubau von Windkraftwerken in Norddeutschland reduzieren, im Süden dagegen verstärken.

Gleichmäßiger Ausbau: *Neue Windkraftanlagen sollen vor allem im Süden Deutschlands entstehen.* FOTO: DPA

Ausbau

■ Ein Grund für die Verzögerung beim Ausbau der Stromtrasse: Um Anwohner von neuen, hohen Strommasten zu verschonen, sollen die Kabel über weite Strecken in der Erde verlegt werden. Das gilt auch für die Suedlink-Trasse, die durch OWL führen soll. Auch sie wird erst bis zum Jahr 2025 fertiggestellt – drei Jahre später als geplant.

◆ ***Würgt die Regierung die Energiewende damit ab?***
Nein – auch wenn manche Politiker und Lobbyisten das behaupten. Zum Beispiel bei Wind an Land lag der Zubau seit dem Jahr 2000 im Durchschnitt ungefähr in der Größenordnung, die die Regierung auch für die kommenden Jahre plant. „Bis 2025 ist die Energiewende auf gutem Weg, von einem Ausbremsen kann hier nicht die Rede sein“, sagt Patrick Graichen, Chef des Instituts Agora Energiewende.

◆ ***Kann die Bundesregierung ihre Ausbauziele erreichen?***
Bis 2025 sollen 40 bis 45 Prozent des deutschen Stroms aus Ökokraftwerken kommen. Das klappt mit der EEG-Reform wohl. Dann aber werde es schwierig, sagt Graichen: „Um das Ziel für 2035 – einen Anteil von 55 bis 60 Prozent erneuerbare Energien am Stromverbrauch – zu erreichen, müssen die Anstrengungen nach 2025 stärker werden. Hierfür reichen die im EEG festgelegten Zubauzahlen für Wind und Photovoltaik bei weitem nicht.“ Ein Grund: Ab 2028 gegen viele alte Ökokraftwerke außer Betrieb.

◆ ***Welche Aussichten bestehen für die Strompreise?***
Weil die Kosten für neue Ökokraftwerke künftig stärker sinken als früher, könnten auch die Stromrechnungen abnehmen – vorausgesetzt, die Elektrizitätsanbieter geben die Kostensenkung an die Privathaushalte und Firmen weiter.